

LEGO wandert aus:

Sagen Sie NEIN zur Personenfreizügigkeit

Antwort von Ivo Muri, Sursee,
auf einen Angstmacherkommentar der Neuen Luzerner Zeitung.

Die Neue Luzerner Zeitung verbreitet in ihrer Ausgabe vom 1. September 2005 **unqualifizierte Falschaussagen zum Thema Personenfreizügigkeit**, welche nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Die Monopolzeitung täte gut daran, sich sachlicher in Abstimmungsfragen einzubringen. Dass **LEGO** mit ihrem Kapital überhaupt **auswandern** kann, ist eine direkte **Folge einer fehlgeleiteten neoliberalen Politik**, welche zum Ziel hat, weltweit alle **Nationalbanken und damit alles Geld zu privatisieren**. Die demokratischen Rechtsstaaten werden dadurch ihrer Möglichkeit beraubt, für das Wohlergehen (Vollbeschäftigung) der Menschen im eigenen Land zu sorgen. Dass der Ruf nach der Personenfreizügigkeit von neoliberalen Kräften laut wird, ist eine direkte Folge der Kapitalfreizügigkeit. Die **Kapitalverkehrs-kontrolle** wurde – ohne jede öffentliche Debatte – mit dem jüngsten **Nationalbankgesetz abgeschafft**. Gäbe es die Kapitalverkehrskontrolle noch, hätten wir die Möglichkeit, den Kapitalabfluss nur in einem für die Binnenwirtschaft verträglichen Mass zuzulassen. Wir könnten

Vollbeschäftigung in unserem Land sicherstellen – das **wollen die privaten Herrscher über unsere Notenbank nicht**. Wir werden ihnen erklären müssen, dass in einer Demokratie das Primat des Menschen vor dem Kapital gilt. Nur im Feudalismus **herrscht das Kapital über die Menschen**.

Wenn wir die Personenfreizügigkeit annehmen, machen wir SchweizerInnen zu Zwangsnomaden, wie es sie in allen anderen Europäischen Ländern, in China und Amerika schon lange gibt. Jüngst sind **Deutsche Maurer nach Norwegen ausgewandert**, weil sie seit der Osterweiterung der Personenfreizügigkeit in ihrer Heimat für **5 EURO pro Stunde** hätten arbeiten sollen. Die Tieflohnkonkurrenz durch polnische Arbeitskräfte hat diese Menschen gezwungen, mit ihren Familien ihre Heimat zu verlassen und auszuwandern. Auch wir **Schweizer** würden **gezwungen**, aus unserem Hochpreisland Schweiz **auszuwandern**, wenn wir die **Kontrolle über das Geldwesen nicht sofort wieder in staatliche (demokratische) Hände** legen.

«Wir brauchen diese Staatsbank, um den Wucher [den Zins] zu bekämpfen, den Privatbanken heilsame Konkurrenz entgegenzustellen und den mittleren und kleineren Gewerbestand vor der Ausbeutung durch die in erster Linie auf eigenen Nutzen [Gewinne und Managerlöhne maximieren] bedachten Privatbanken zu schützen.»

Gottfried Keller

Gottfried Keller forderte mit diesen klaren Worten um 1850 die Gründung der Zürcher Kantonalbank.



«Wer den Kapitalismus will, muss den Menschen ehrlich sagen, wie das Geldsystem funktioniert.» Die Elite muss den Menschen die ganze Wahrheit sagen. Nur so können wir den Kapitalismus zivilisieren.

Ivo Muri

Anlässlich der Delegiertenversammlung der CVP des Kantons Luzern vom 31. August 2005 habe ich darauf hingewiesen, dass die Personenfreizügigkeit nur der internationalen Finanzaristokratie dient. Sie schieben ihr **privates Kapital** ohne jede Rücksicht auf betroffene Menschen um den Globus – und zwar immer **dorthin, wo die Arbeit gerade am günstigsten ist**. Logisch, denn dann ist die Kapitalrendite am besten.

Wir haben jüngst die Gesetze geschaffen, welche dies erlauben und wundern uns nun, dass LEGO genau in dieser Logik handelt. **Durch den immer schnelleren Kapitalverkehr werden Menschen zu Zwangsnomaden**. Die daraus entstehenden **Migrationsprobleme bezahlen die lokalen KMU und ihre Mitarbeiter**, welche irgendwo vor Ort leben. Profitieren tun die Finanzaristokratie und die Grosskonzerne.

Boden ist Heimat. Und wenn Menschen aus wirtschaftlichen Gründen ihre Heimat verlassen müssen (**Schweizer Bauern siedeln nach Russland aus / In St. Moritz mussten Einheimische zügeln**, weil sie die teuren Mieten nicht mehr bezahlen können), dann dürfen Sie davon ausgehen, dass wir nicht in einer demokratischen, sondern in einer **feudalistischen Heimat** leben. Unser Verteidigungsminister ist mir seit einem halben Jahr eine Antwort schuldig auf die Frage, wie er jene Schweizer – welche von St. Moritz weggezogen sind – überzeugen will, dass sie in der Schweizer Armee «ihr» Land verteidigen. Er müsste wahrscheinlich zugeben, dass er «unser Land» grosszügiger interpretiert und uns bereits heute als Europäer unter dem EURO sieht.

Wir sind nicht umfassend informiert über die Hintergründe der Globalisierung: Notenbanken sind privatisiert!

Wussten Sie, dass der Nationalrat und der Ständerat **ohne jede öffentliche Debatte ein neues Nationalbankgesetz** beschlossen hat? Wussten Sie, dass in diesem Gesetz der freie Kapitalverkehr beschlossen und das **Bankenaufsichtsgremium** massiv **verkleinert** wurde? Wussten Sie, dass mit dem Buch **«Entnationalisierung des Geldes»** [«**Entschweizerung des Frankens**»] bereits 1976 von Nobelpreisträger

Friedrich A. Hayek propagiert wurde, dass man weltweit die **Nationalbanken privatisieren** sollte? Er schrieb damals, dass man das natürlich nicht offiziell verkünden dürfe, weil die Bürger der einzelnen Nationen natürlich nicht dafür sein würden. **Man müsse dies im verdeckten tun**.

Wussten Sie, dass man genau dies gemacht hat: Die Nationalbanken sind privatisiert und nur **deshalb** musste **Basel II** eingeführt werden – um die Privaten Notenbanken auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung (sie stehen unter globalisiertem Lohndruck) und der KMU (sie stehen unter globalisiertem Preisdruck) zu schützen?

Wir stecken mitten im Endstadium der Abschaffung der demokratischen Rechtsstaaten.

Das **Weltwährungssystem wurde privatisiert** und ausgerechnet wir Schweizer, das einzige UNO-Mitglied mit direkter Demokratie, haben dies noch nicht gemerkt. Unsere **Elite** weiss es allerdings schon! Sie hat es nur **versäumt, den Bürgern zu erklären**, worum es bei der Globalisierung tatsächlich geht – nämlich um die Globalisierung des Geldes unter privater Kontrolle. Die Schaffung der europäischen Zentralwährung (**EURO**) war gedacht als erste Vorstufe zur Schaffung einer Kontinentalwirtschaft (also zur **Abschaffung der nationalen Europäischen Volkswirtschaften**). Die meisten Völker Europas wurden darüber nicht befragt. Man hat Ihnen den EURO einfach aufgezwungen. Dies **verstösst eigentlich gegen das Völkerrecht** – aber wo kein Kläger – da kein Richter. Und den meisten Menschen ist sowieso nicht bewusst, dass eine Nation **ohne eigene nationale Währung** faktisch eben **keine Nation** mehr ist, weil sie dadurch keine autonom steuerbare Nationalökonomie (Volkswirtschaft) mehr hat. So sind die **Menschen auf der ganzen Welt** immer mehr **abhängig von privaten Kapitalbesitzern**. Die Politiker sind den privaten Kapitalbesitzern ausgeliefert. Sie können nicht mehr durch eine eigenständige Konjunkturpolitik Vollbeschäftigung (und damit Essen für alle) ermöglichen. Es herrscht Feudalismus – nicht Demokratie.

Mut zum Aufbruch hiess:
– **Mut zum Kapitalexport**
– **Schaffung von Arbeitslosigkeit**
– **Abschaffung der Demokratie**

In den vergangenen zehn Jahren war unsere gesamte Politik darauf ausgerichtet, unser Land für die Globalisierung zu öffnen. Mut zum Aufbruch hiess das Buch, mit welchem uns eine neoliberale Elite 1995 die Privatisierungen und Deregulierungen (eigentlich die **Abschaffung der direkten Demokratie**) schmackhaft machen wollte. Eine Woche vor dem Crash der Swissair erschien sogar ein Buch von Walter Wittmann (Direkte Demokratie, Bremsklotz der Revitalisierung), in welchem er und verschiedene Schweizer **Wirtschaftskapitäne** genau dies forderten: **Die Abschaffung der direkten Demokratie**. Alle Volkswirtschaftsprofessoren, welche vor den Auswirkungen dieses Tuns warnten, wurden lächerlich gemacht und aufs wissenschaftliche Abstellgleise gestellt. Avenir Suisse wurde gegründet. Dieser Think-Tank sollte uns sagen, was «gute» Wirtschaft ist: Das **Abschaffen der eigenen Landwirtschaft und damit der autarken Ernährung**, zu Gunsten des Bankenplatzes Schweiz. Es gibt sogar eine Neoliberale Gruppierung mit dem Namen «Vernunft Schweiz», welche behauptet, dies sei vernünftig.

Mut zur Demokratie heisst: – Nationalbank unter demokratische Kontrolle
– **Vollbeschäftigung, die allen dient**

Es nützt nun nichts, darüber zu klagen, dass die einzelnen Grosskonzerne, Grossbanken und Grossversicherungen in der Logik jener Gesetze handeln, die wir extra für sie geschaffen haben. Demnächst wollen wir ja auch noch die **Ladenöffnungszeiten** vollkommen **deregulieren**. Die **Erdölkonzerne** werden dann gemeinsam mit dem «schweizerischen Paketauslieferer» DHL die **Post** mit ihren **Tankstellenshops** noch besser konkurrenzieren können. Diese Deregulierungen werden die Spirale der allgemeinen Zeitnot und der Geldnot nicht lindern. Viele heutige **GATT/WTO-Richtlinien verstossen gegen Völkerrecht** – aber kein Politiker interessiert sich dafür.

In der UNO-Menschenrechtskonvention ist das Recht auf Arbeit verankert – wir haben daraus ein **Recht auf Arbeitslosigkeit** gemacht.

Darunter leiden in Europa Millionen von Menschen (**Kleinunternehmer** und ihre Angehörigen mit ihren Familien). Sie werden zum **Spielball der Kapitalisten**, die ihr Kapital beliebig um den Globus schieben und damit horrenden Gewinne und Managerlöhne produzieren. In der UNO-Menschenrechtskonvention gibt es auch das Recht auf Heimat (Staatszugehörigkeit). Daraus machen wir durch die Personenfreizügigkeit das **Recht auf Zwangsnomadentum**. **Arbeitskräfte sollen permanent dem Geld um den Globus nachrennen** müssen, statt dass wir – wie in früheren demokratischen Volkswirtschaften üblich – eine staatliche Notenbank für Vollbeschäftigung lokal vor Ort verantwortlich machen. **Vollbeschäftigung** bedeutet für KMU, dass sie nicht immer von neuem Angst haben müssen, in einer neuen Wirtschaftskrise ihre Existenz zu verlieren. Sie dient also nicht nur den Arbeitnehmern und dürfte durchaus eine **Forderung des Gewerbeverbandes** sein.

Viele Menschen haben gewarnt. Sie wurden als Besserwisser beschimpft. Schade: denn sie wussten es tatsächlich besser.

Es ist nie zu spät zu hören, was uns **intelligente Volkswirtschaftler** schon **vor Jahren** **prophesie**t haben. Dr. Heinrich Bortis, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Fribourg, hat 1992 (in seinem Buch «EWR und EG» Irrwege in der Gestaltung Europas) präzise vorausgesagt, was wir jetzt erleben. Wenn wir versuchen, die Nationen Europas unter einer Einheitswährung zu vereinen, wird Folgendes geschehen, hat er wissenschaftlich hergeleitet:

- **Industrien werden keine Standorte mehr kennen**
- **Die Menschen werden permanent von Arbeitslosigkeit bedroht**
- **Die Psychiatrischen Kliniken werden überfüllt sein**

Heinrich Bortis, 1992 zum Thema EWR/EG

Anerkennen wir diese Fakten, dann erkennen wir, weshalb der Kommentar in der Neuen Luzerner Zeitung eine Fehlinterpretation ist. LEGO wandert **nicht** aus, weil es keine **Personenfreizügigkeit** gibt. **LEGO wandert aus, weil es die Kapitalfreizügigkeit gibt. LEGO handelt in der Logik des Neoliberalismus, der es Kapitalbesitzern (Investoren) erlaubt, mit ihrem Geld in beliebige Investitionsparadiese (Tieflohnländer) und Steuerparadiese (Länder mit tiefen Steuern) auszuwandern.** Das Nachsehen haben immer die Menschen, welche irgendwo vor Ort leben und die ihre Heimat nicht verlassen möchten. Mit der Personenfreizügigkeit machen wir die Menschen zu Zwangsnomaden, welche hinter diesen Kapitalströmen herrennen müssen. Die Neue Luzerner Zeitung verwechselt also in ihrem Kommentar Ursache und Wirkung.

Der neoliberale Freisinn hat offensichtlich das Wort «Freiheit» missbraucht. Alles, was uns als neue Freiheit verkauft wurde, macht uns eigentlich unfrei. Dies gilt für den freien Kapitalverkehr, den freien Warenverkehr und den freien Personenverkehr. Menschen wollen Heimat und nicht durch den freien Kapitalverkehr zu Zwangsnomaden gemacht werden.

Wer etwas von Volkswirtschaftslehre versteht, konnte alles was heute geschieht voraussehen – wie das Beispiel von Herrn Dr. Heinrich Bortis zeigt.

Und Dr. Heinrich Bortis war nicht der Einzige, der dies vorausgesehen hat. Der Salzburger Soziologe Leopold Kohr hat wie **De Gaulle** bereits in den 50-er Jahren gesagt, dass wir das **Europa der Nationen und der Regionen** schaffen müssen. De Gaulle wollte in Frankreich nach schweizerischem und deutschem Vorbild regionale **Staatsbanken** schaffen. Geld wird lokal wertgeschöpft. Deshalb soll es auch regional reinvestiert werden, bei jenen Menschen, welche die Wertschöpfung erbracht haben. Das ist nichts als logische Verteilungsgerechtigkeit, die von jedem Liberalen als korrekt anerkannt werden müsste – so er weiss, was liberal eigentlich bedeutet. Gottfried Keller war ein solcher Liberaler.

Gottfried Keller forderte vor 150 Jahren, als wir in der Schweiz eine ähnliche Wirtschaftskrise hatten wie heute, dass man die **Zürcher Kantonalbank als Staatsbank** gründen müsse (siehe Zitat Gottfried Keller auf der Frontseite). Ich bin felsenfest überzeugt, dass wir über die **Verstaatlichung der Kantonalbank** dringend erneut **debattieren** sollten. Dabei dürfen wir durchaus tolerant sein und vergessen, wer früher welche Fehler gemacht und sich wo bereichert hat an unserem Staatsvermögen. Viele handelten unwissend, allenfalls von einer gewissen Gier nach Macht, Ruhm und Reichtum getrieben. Die Medien haben dies professionell geschürt. Wir dürfen aber auch den Fehler nicht machen, begangene Fehler zu beschönigen oder unter den Teppich zu kehren. Wir werden das Geld neu verteilen müssen (New Deal), wie es F. D. Roosevelt nach dem Börsencrash 1929 in den USA gemacht hat. Diese **Neuverteilung des Geldes wird ohne Personenfreizügigkeit konfliktärmer verlaufen**. Unser Land wird erst wieder Ruhe und Frieden finden, wenn wir zurückfinden zu den **demokratischen Strukturen** mit ihren Staatsregalen, welche uns unsere Urgrossväter geschaffen haben. Dazu gehört insbesondere ein **demokratisch kontrolliertes** und legitimes **Währungssystem mit Kantonalbanken**.

Wir haben von unseren Vätern eine funktionierende **Demokratie** geerbt. Es ist unsere Pflicht, sie auch **unseren Kindern weiterzugeben**.

Die **Neue Luzerner Zeitung trägt als Monopolmedium** hier eine **besondere Verantwortung**. Wenn sie sich weiterhin verweigert, diese Themen ihren Lesern zugänglich zu machen, wird die Verwirrung nicht abnehmen und wir entfernen uns immer weiter von Wohlstand und Wohlfahrt. Fachleute wie **Dr. Heinrich Bortis** dürfen ganz einfach **nicht mehr ignoriert** werden. Ihre Botschaften und Analysen sind zu klar und zu realitätsnah, als dass wir sie weiter verleugnen können.

In tempore veritas – in der Zeit liegt die Wahrheit! Auf Dauer werden sich die KMU und die Arbeiterschaft nicht weiter gängeln lassen.

Es chont scho guet, wenn mers guet mached.

*Ivo Muri, Unternehmer,
Sursee, 1. September 2005*